

# Hafen Rotterdam dringt auf Betuwe-Linie

Der Betreiber des größten europäischen Hafens kritisiert in einem Mahnbrief an den Bund und NRW den schleppenden Schienenausbau.

VON PHILIPP JACOBS

**ROTTERDAM** Auf der Website der Deutschen Bahn gibt es ein Schriftstück, das für viele Niederländer derzeit wie Häme daherkommen dürfte. „Bindeglied für Europa“ steht auf dem Titelblatt. Es geht in dem Dossier um den Ausbau der Betuwe-Linie, der direkten Schienenverbindung zwischen der deutsch-niederländischen Grenze bei Emmerich und dem westlichen Ruhrgebiet bei Oberhausen. „Die Ausbaustrecke ist Teil des wichtigsten europäischen Verkehrskorridors von Rotterdam nach Genua“, schreibt im Vorwort ein ranghoher Bahnbeamter.

Doch dieses so wichtige „Bindeglied“ wird nur schleppend realisiert. So schleppend, dass der Betreiber des Rotterdamer Hafens, des größten europäischen Seehafens, nun einen Mahnbrief an das Bundes- und NRW-Verkehrsministerium geschickt hat. In dem unserer Redaktion vorliegenden Schreiben heißt es: „Wir müssen mit größter

Oberhausen, nennen“, schreibt Allard.Castelein, Geschäftsführer des Rotterdamer Hafenbetriebs, an die Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU, Bund) und Hendrik Wüst (CDU, NRW).

In den Kommunen entlang der geplanten Strecke herrscht auf deutscher Seite große Sorge über den verstärkten Güterverkehr, der mit Fertigstellung der Betuwe-Linie verbunden wäre. Insgesamt gibt es auf der Strecke zwölf sogenannte Planfeststellungsabschnitte. Um in diesen Bereichen bauen zu dürfen, bedarf es zunächst eines Genehmigungsverfahrens – und zwar für jeden Streckenteil. In solch einem Verfahren müssen alle Argumente, die für oder gegen das Bauvorhaben sprechen, abgewogen werden. Das betrifft zum Beispiel den Naturschutz oder privates Eigentum.

Bisher liegt der Deutschen Bahn lediglich in Oberhausen das Baurecht vor. Für die übrigen elf Planfeststellungsabschnitte steht die Erlaubnis noch aus. In dem Brief aus Rotterdam heißt es dazu: „Einzig der Verweis auf lange Planungs- und Genehmigungsprozesse in Deutschland kann, darf und sollte uns 26 Jahre nach der grundsätzlichen Selbstverpflichtung zum Ausbau der Strecke im Vertrag von Warnemünde nicht zufriedenstellen.“

NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst teilte auf Anfrage mit: „Die